Schlußbetrachtungen.

Rückblickend wollen wir uns zuerst fragen, welche natürlichen Entwicklungstendenzen der pfälzische Wirtschaftskörper aufwies und welche Kräfte ihn in diese Richtung gedrängt hatten.

Wir hatten unsere Betrachtung eingesetzt in den Jahren, als die Erschließung neuer Absatzgebiete die Produktion beflügelte, als Erfindungen umgestaltend auf das Wirtschaftsleben einwirkten, als die Erhöhung der Kaufkraft der Massen eine dauernd erhöhte Nachfrage versprach, als schließlich handelspolitische Bestrebungen durch ein System von Schutzzöllen das in Umwälzung begriffene Wirtschaftsleben zu kräftigen sich bestrebte.

Wir werden im Auge behalten müssen: nicht die Schutzzölle, nicht die Vertragspolitik, nicht die erhöhten Schutzzölle des 20. Jahrhunderts haben den wirtschaftlichen Aufschwung und den steigenden Wohlstand unserer Bevölkerung allein hervorgerufen, sie waren nur Glieder in der langen Ursachenkette des inner- und außernationalen Wirtschaftsmarktes, die die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Produktion hemmen oder fördern konnten.

Es ist keine Frage, keine Aenderung im deutschen Wirtschaftsleben dieser Epoche bis zum großen Krieg war wichtiger und schwerwiegender, als die, daß wir aus einem Land mit zur Ernährung unserer Bevölkerung ausreichender landwirtschaftlicher Produktion ein Land wurden, das eine Industrie entwickelte, die in Abnahme und Hingabe von Rohstoffen und Fertigfabrikaten immer enger in den Weltmarkt hineinwuchs, während andererseits Deutschland in seiner Lebensmittelproduktion nicht gleichen Schritt halten konnte mit den Bedürfnissen seiner stark anwachsenden Bevölkerung. Wir wurden aus einem Agrarstaat zum überwiegenden Industriestaat.

Die Verschiebung in der Gliederung der Bevölkerung haben wir schon eingangs gewürdigt. Auch die Bruttoergebnisse der Ertragsbesteuerung zeigen die wachsende Bedeutung der Industrie auf.[217]) Die Kaufkraft der industriellen Bevölkerung wurde in vielen Gegenden ausschlaggebend für den Wohlstand der Gesamtbevölkerung (besonders typische Beispiele Hettenleidelheim, Schuhfabrikorte).

Allenthalben in unserer Untersuchung ist uns die Bedeutung der Standortfrage für unsere Industrie entgegengetreten. Noch um

---

[217]) Für Bayern:

	Grundsteuer [1])		Haussteuer		Einkommensteuer [2])	
1870	11 430 387	64,1 %	1 862 158	10,4 %	628 634	3,5 %
1885 [3])	11 513 068	44,0 %	4 257 938	16,3 %	1 645 401	6,3 %
1900 [4])	11 478 411	30,3 %	7 033 970	18,6 %	3 090 608	8,2 %
1910 [5])	12 651 390	20,8 %	12 812 958	21,1 %	6 968 712	11,5 %

die Mitte des vorigen Jahrhunderts war die pfälzische Industrie wohl, soweit Rohstoffe in Betracht kamen, die überall zu beschaffen waren (Ubiquitäten), überwiegend konsumorientiert. Dieser Zerstreuungstendenz wirkten aber mit der Zeit immer mehr Agglomerationstendenzen entgegen. Zunächst mußten mit der fortschreitenden Technik alle die Industrien, bei denen Roh- und Kraftstoffverbrauch die Ubiquitäten an Gewicht übertraf, sich den „präferentialen Materialgebieten" zuwenden. Wir haben das bei der Roheisenerzeugung gesehen. Dem konnte zunächst entgegenwirken, daß billige gelernte Arbeiter die Industrie an den optimalen Arbeitsplätzen zurückhielten (Kaiserslautern). Je mehr aber die Spezialisation fortschritt, desto größer wurde die Attraktionskraft der Rohstoffgebiete durch die dadurch mögliche Ersparung von Produktionskosten. So bestimmten sich die optimalen Arbeitsmärkte letztlich durch das Transportkostenmoment der Roh- und Kraftstoffe, besonders der Kohle. Die Lagerung der hauptsächlichsten pfälzischen Industrie kann heute in diesem Sinne aufgefaßt werden. Denn der Rhein hat als billiges Kommunikationsmittel auch die dort gelegene Industrie den Kohlenbergbaugebieten nahegerückt. Wenn wir deshalb mit Alfred Weber[218]) annehmen, daß die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie am Weltmarkt vornehmlich auf ihrer günstigen Lagerung zu Roh- und Kraftstoffgebieten beruht, so mußte auch der pfälzischen Industrie die Möglichkeit der Wettbewerbsfähigkeit gegeben sein.

Daß sie zur Tatsache wurde, dazu bedurfte es vor allem der „Akkumulation des Kapitals". Erst der fortlaufende Zustrom von ersparter Kaufkraft verlieh der Industrie tatsächlich die Entwicklungskraft.

So gewinnt der Kapitalisationsprozeß als Voraussetzung und die Aufnahmefähigkeit des Inlandes als zweites Erfordernis für uns an Bedeutung. Je mehr nun der Zwischenweg zwischen Rohstoff und Genußgütern sich verlängerte, desto größer wurde der Anteil der nur Produktionsmittel herstellenden Unternehmungen an der Gesamtproduktion. Je mehr andererseits die Betriebsvereinigung fortschritt, desto rentabler gestaltete sich das Unternehmen. Da nun alle Zwischenstadien des Produktionsprozesses kaum in einem Unternehmen zusammengezogen waren, vielmehr gerade unter dem Einfluß der Spezialisation die Produktion von Genußgütern besonderen Unternehmungen erhalten blieb. so wurde das Ueberblicken der Nachfrage

	Kapit.-Rentensteuer		Gewerbesteuer	
1870	1 252 785	7,0 %	2 657 545	15 0 %
1885 [3])	3 463 792	13,2 %	5 322 447	20,3 %
1900 [4])	5 588 378	14,6 %	10 689 248	28,2 %
1910 [5])	10 588 213	17,4 %	17 718 547	29,2 %

[1]) Finanzgesetzlich bestimmter Erhebungssatz vor 1905 8,4 ‰, seit 1905 7,6 ‰ von der Einheit der Verhältniszahl.

[2]) Spez. Einkommensteuer.

[3]) Personalsteuergesetz vom 19. Mai 1881.

[4]) Personalsteuergesetz vom 9. Juni 1899.

[5]) Seit 1906 sind in den wirklichen Einnahmen an direkten Steuern auch die Eingänge aus Steuerrückständen früherer Jahre, sowie die Steuernachholungen für frühere Jahre ingebriffen. Einschließlich eines 22%igen Zuschlags.

[218]) Alfred Weber, Die Standortfrage und die Handelspolitik, Arch. f. Soz. Wissensch. Bd. 32.

für die Produktionsmittel herstellenden Betriebe immer schwerer. Da sie aber die rentableren waren, mußte mit Notwendigkeit das Kapital vornehmlich ihnen zufließen. Dem erwirtschafteten Kapital industrieller Unternehmungen fügte sich das Kapital des kleinen Sparers bei und verlangte nach Anlage, vorzüglich in Produktionsmittel herstellenden Betrieben. Es entstand ein Mißverhältnis zwischen Produktion von Produktionsmitteln und der Nachfrage nach Genußgütern, das sich in immer wiederkehrenden Krisen äußerte.

Gerade diese Krisen waren, wie wir zeigen konnten, für die pfälzische Industrie mit Ausnahme der Textilindustrie, deren lang andauernder schlechter Geschäftsgang in der Preisbildung von Rohstoffen und Fertigfabrikaten zu liegen scheint, der Anlaß ihrer immer stärker hervortretenden Abneigung gegen hohe Zölle. Da die Voraussetzungen für eine Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt gegeben war, andererseits die Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes nicht in dem Maße wuchs, als die Produktion fortschritt, mußte die Industrie notwendigerweise alles erstreben, was die Exportfähigkeit heben konnte. Da sie aber wiederum nicht durch Organisation den Inlandmarkt knapp und die Preise damit hochhalten konnte, und deshalb nicht zu besonders niedrigen Preisen das Ausland beschicken konnte, mußte sie die Schutzzölle, die ihr zum Teil besonders durch die Politik der Kartelle die Rohstoffe verteuerten, ablehnen.

Der Industrie gegenüber stand vor dem Weltkrieg immer noch die Landwirtschaft mit Schutzzollwünschen wie in den 70er Jahren. Die „Landwirtschaftsbedrängnis" war ausgegangen durch den Preissturz landwirtschaftlicher Rohprodukte und der Erzeugnisse landwirtschaftlicher Industrie, als aus neu erschlossenen Getreideexportländern große Mengen Nahrungsmittel nach Deutschland kamen.

Unsere Lebensmittelproduktion auf eigener Scholle ist begrenzt durch das Vorhandensein von geeignetem Boden, sie ist weiter begrenzt durch das natürliche Vorkommen von Vegetationsbedingungen, auf die der Mensch keinen Einfluß ausüben kann. Die Liebigsche Lehre von der Erschöpfung der Bodenkräfte, die nur durch Arbeit und Düngung, letztlich also Kapitalaufwendungen, kompensiert werden könne, hat Ballod[219]) jedenfalls zu der Ansicht veranlaßt, daß eine Produktionssteigerung „bis zur durchschnittlich doppelten Höhe lediglich eine Kapitalbeschaffungsfrage" sei. Eßlen[220]) hat ihm wohl mit Recht entgegengehalten, daß die Pflanze steigende Zufuhr von Bodennährstoffen von einer gewissen Grenze an nicht mehr mit proportional gesteigerter Wachstumsgeschwindigkeit und proportional gesteigerten Ernteerträgen beantworte, daß also das Gesetz vom abnehmenden Ertrag wohl suspendiert, aber nicht aufgehoben werden könne.

Da nun die Zölle in Verbindung mit dem Einfuhrscheinsystem erreichten, daß der Getreidepreis nie mehr unter den Betrag von Weltmarktpreis plus Zoll sinken konnte, war die Rentabilität des Körnerfruchtbaus künstlich gesichert. Wenn wir aber trotz steigender

---

219) K. Ballod, Die Produktivität der Landwirtschaft, Schr. d. V. f. Soz. Pol., Bd. 132 S. 463.

220) J. Eßlen, Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrags, Archiv 1911, Bd. 32 S. 378 ff. Fleischteuerung und Getreidezoll, Arch. 1912, Bd. 35 S. 15. — Konrads Jahrbücher 1912 S. 749 und Schr. d. V. f. Soz. Pol. Bd. 132.

Anbauziffern nicht in der Lage waren, unsern Mehrbedarf aus heimischem Boden zu decken, so kann man nur annehmen (der Getreidebau war ja die Grundlage landwirtschaftlicher Rentabilitätsberechnungen), daß das Bodenertragsgesetz schon in Geltung getreten war.

Eßlen hat nun den Getreidezöllen nachgerade den Vorwurf gemacht, daß sie in der Rentabilitätskonkurrenz zwischen Ackerbau und Viehzucht jenem einen solchen Vorsprung verschafft hätten, daß seit dem ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts eine Verlangsamung der weiteren Zunahme der Fleischproduktion, ein Stillstand bei der Rindviehhaltung, die notwendige Folge war. Als die Zölle sich zuerst vergeblich bemühten, die Getreidepreise über dem Weltmarktpreis zu halten, und gleichzeitig die Viehpreise stiegen, konnten wir auch eine Zunahme im Futterbau konstatieren, der in der letzten Zeit wieder eine Abnahme zugunsten der Körnerfrucht folgte. Das Fleischversorgungsproblem wäre also eine Kapitalbeschaffungsfrage von um so größerer Bedeutung geworden, als Eßlen es für möglich gehalten hat, daß wir bei entsprechender Einschränkung besonders des Roggenbaus unsere Fleischversorgung hätten sicherstellen können. Es erscheint das um so beachtenswerter, als die Klagen landwirtschaftlicher Fachleute in der Pfalz über mangelnde viehzüchterische Beschäftigung unserer Landwirte, die man mit der vorzugsweisen Beschäftigung im Wein-, Tabak- und Zuckerrübenbau zu erklären suchte, den Eindruck erwecken müssen, daß das natürlich auch für viehwirtschaftliche Betriebe geltende Gesetz vom abnehmbaren Ertrag aus Unkenntnis der wirtschaftlichen Rentabilitätsmöglichkeiten noch nicht zur Geltung gekommen war.

Es erhebt sich nun die Frage, ob die künstliche Rentabilitätserhaltung des Wein- und Tabakbaus die Landwirtschaft auch hier in Produktionszweige geleitet hat, die bei steigendem Aufwand nur mehr sinkende Erträge liefern, und ob deren Aufgabe bezw. Einschränkung vom volkswirtschaftlichen Standpunkt nicht zu begrüßen wäre. Die erste Frage ist schwer zu beantworten. Aber hohe Zölle konnten schon, wie wir zeigten, auf eine übermäßige Ausdehnung, die auf die Dauer dann auch von privatwirtschaftlichem Standpunkt unbefriedigend blieb, hinwirken. So hat M. Hecht[221]) von den badischen Tabakbauern berichtet, daß sie, wenn der Zoll auf ausländische Tabake gesteigert würde, befürchtet hätten, daß „schließlich die halbe Welt zum Tabakbau übergehen würde" und damit auch die Preise für ihre Qualitätstabake gedrückt würden. Da aber nun Wein- und Tabakbau bei den in der Pfalz herrschenden klimatischen Verhältnissen, der besonderen Bodenstruktur, den Betriebs- und Eigentumsverhältnissen einmal die geeignete landwirtschaftliche Produktion für gewisse Landstriche darstellen, andererseits auch eine große sozialpolitische Bedeutung erlangten, wird man ihnen Schutzzölle nicht absprechen dürfen.

Die starke freihändlerische Bewegung in der pfälzischen Industrie steht nun in krassem Gegensatz zu der in allen großen Staaten immer stärker hervortretenden Schutzzollbewegung. „Die Schrecken des überwiegenden Industriestaates", die Furcht vor immer größer werdender Abhängigkeit vom Ausland bei fortschreitender Verindustrialisierung,

[221]) M. Hecht, Die badische Landwirtschaft im Anfang des 20. Jahrhunderts, S. 100.

wie sie Oldenberg und Pohle[222]) prophezeit haben, gaben dazu den Anlaß, der Gedanke der nationalen Autarkie, wie er auch in den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik zum Ausdruck gekommen war,[223]), verlieh der Bewegung Stärke. Politische Gründe waren hier wie dort die hauptsächlichsten Gesichtspunkte.

Gerade wie aus innerwirtschaftspolitischen Gründen die Handelspolitik gelegentlich einmal eine den natürlichen rationellsten Entwicklungstendenzen entgegengesetzte Regelung erfahren kann, ebenso können politische Notwendigkeiten die Handelspolitik entscheidend beeinflussen, nie jedoch auf die Dauer.

Für uns genügt es, die natürlichen Entwicklungstendenzen unserer Wirtschaft zu kennen. Wenn wir wissen, daß unsere industrielle Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt auf unserer „Arbeits- und besonders Rohstoffvorhand" beruht, so verlieren die Schrecken des überwiegenden Industriestaates schon deshalb für uns an Bedeutung. Die wachsende Industrie ward für uns zu einer Notwendigkeit, da erst ihr es gelang, die große Bevölkerungsvermehrung, die Mitte des vorigen Jahrhunderts noch zu einem bedeutenden Teil nach Amerika abströmte, aufzunehmen und dem eigenen Land zu erhalten.

Es bleibt uns noch eines hervorzuheben. Das Problem der ländlichen Arbeiterfrage kannte die pfälzische Landwirtschaft vor dem Krieg nicht. Während besonders im Osten Deutschlands die Abwanderung nach den Industriegebieten so stark wurde, daß durch Herbeischaffung ausländischer Arbeitskräfte Ersatz gesucht werden mußte, damit aber ein weiteres Hemmnis höchstmöglicher Rentabilität gegeben war, hat die Pfalz ausschließlich mit heimischen Arbeitskräften die Flur bestellt. Den immer noch in Geltung befindlichen Erbrechtsgewohnheiten (Realteilung) muß es zugut gerechnet werden, daß die Bevölkerung so eng mit der Scholle verbunden blieb, besonders, wenn man bedenkt, daß die Verschuldung nicht wie in anderen Gebieten Deutschlands durch Erbabfindung wesentlich erhöht wurde.[224]) Immerhin zeigt Kluse[225]) eine steigende Anziehungskraft der Industriestädte.

---

[222]) K. Oldenberg, Deutschland als Industriestaat. — L. Pohle, Deutschland am Scheidewege.

[223]) Schr. d. V. f. Soz. Pol. Bd. 155.

[224]) Vgl. Wirtschaftliche Untersuchungen in 24 Gemeinden des Königreichs Bayern.

[225]) Die Bahnwanderung der pfälzischen Arbeiter zwischen Wohnort und Arbeitsort.